

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XXI/118

Bonn, den 27. Juni 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Keine politische Brunnenvergiftung !</u> Zur dramatischen Situation im Ruhrgebiet	46
1a	<u>Zwischenbilanz</u> Steht die kommunistische SED noch zu ihren Absprachen?	48
2	<u>Trauriger Rekord bei der Rüstungsbeschaffung</u> Sorglosigkeit fördert Korruption	45
3	<u>CDU-Politik gegen die Familie</u> Dr. Würmelings Attacken gegen Erhard Von Herbert Bermeitinger	53
4	<u>"Mach doch mal den Stutz sauber"</u> Deutsche Wörter im Sprachgebrauch Israels Von Gad Redlich, Tel Aviv	51
5	<u>Spaniens Monarchisten unter Beschuß der Falange</u> Öffentliche Diskussion über "demokratischen und sozialen Rechtsstaat" Von unseren HD-Korrespondenten in Madrid	43

Keine politische Brunnenvergiftung !

Zur dramatischen Situation im Ruhrgebiet

sp - Im Ruhrbergbau ist jetzt nach der Abstimmung der Vertrauensmänner der IG Bergbau in Bockum eine schwierige Situation entstanden. Wenn einige Zeitungen beinahe hämisch vermerken, der Vorstand der IG Bergbau müsse sich jetzt allein mit den radikalen Elementen in seiner Gewerkschaft auseinandersetzen, dann ist dies die billigste Methode bei dem Versuch der Ablenkung der öffentlichen Meinung von den eigentlichen Ursachen des Dramas an der Ruhr.

Seit acht Jahren fordern die Bergarbeiter und mit ihnen die sozialdemokratische Opposition im NRW-Landtag und im Bundestag von der CDU-Bundes- und Landesregierung eine Energiepolitik, die einmal den berechtigten Sorgen der Bergarbeiter um ihre Arbeitsplätze und zum anderen der notwendigen Anpassung aller Energieträger an die strukturellen Veränderungen im Bereich der Energieerzeugung Rechnung trägt. Mit Teilmaßnahmen und Seelenmassage haben sich Landes- und Bundesregierung bisher über die Runden gebracht. Jetzt, auf dem Höhepunkt der Krise im Ruhrbergbau, tut man so, als sei das ganze Problem dadurch gelöst, daß man den Bergarbeitern vier Prozent Lohnerhöhung auf Kosten der Steuerzahler zusagt und wiederum mit Seelenmassage - diesmal im Landtagswahlkampf - den Eindruck erweckt, als sei damit der Stein der Weisen gefunden worden.

- * Wenn die Vertrauensmänner der Bergarbeiter diese Behandlung ihrer
- * Sorgen zurückweisen, hat das mit politischem Radikalismus über-
- * haupt nichts zu tun. Die Bergarbeiter sind einfach empört darüber,
- * daß man ihnen zumutet, sich auch weiterhin an der Nase herumfüh-
- * ren zu lassen.

Auf der anderen Seite hat der Vorsitzende der Gewerkschaft, Walter Ahrendt, Recht, wenn er darauf verweist, daß die Zustimmung des Gewerkschaftsvorstandes zu dem in der gegenwärtigen Situation gefundenen Kompromiß ein Faktor der Beruhigung für die Gesamtwirtschaft ist. Ahrendt hat auch Recht, wenn er sagt, daß in der gegenwärtigen Situation und unter Berücksichtigung des jahrelangen Versagens der eigentlich Verantwortlichen für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen keine andere Vereinbarung zustande gekommen wäre. Es ist ihm hoch anzurechnen, daß er diese sachlichen Gesichtspunkte zur Debatte gestellt hat und nicht den gewiß einfacheren Weg des Mitgehens auf den Wogen der berechtigten Empörung der Bergarbeiter gegangen ist.

Wer jedoch heute die Verantwortung für das Entstehen dieser dramatischen Situation vor den wirklich Verantwortlichen, der Landes- und der Bundesregierung, auf die Gewerkschaftsführung oder gar auf die Kampfs abwälzen will und wer jetzt mit dem Schreckgespenst des politischen Radikalismus an der Ruhr Wahlkampfmunition zu finden gedenkt, der muß sich sagen lassen, daß er ein politischer Brunnenvergifter ist.

Vielmehr sollte er sich an die eigene Nase fassen und sich fragen, ob Meyers tatsächlich alles macht. Eben weil er in den vergangenen acht Jahren nichts Entscheidendes gemacht hat, befindet sich der Steinkohlenbergbau und die dort arbeitenden Menschen an der Ruhr jetzt in einer Lage, die an Dramatik nichts zu wünschen übrig läßt.

Zwischenbilanz

Steht die kommunistische SED noch zu ihren Absprachen ?

sp - Was war der Sinn der bisherigen offenen Antwortschreiben der SPD auf entsprechende Veröffentlichungen und Angebote der kommunistischen SED? Unserem Volk die Möglichkeit zu eröffnen, in freier Aussprache in g a n z Deutschland Schritte zur Erleichterung der Auswirkungen der staatlichen Spaltung für die Menschen und Ansätze zur allmählichen Überwindung der Spaltung zu diskutieren.

Dies ist ein umfassendes, unser ganzes Volk tief erregendes Thema, es läßt sich nicht in den engen Rahmen eines einmaligen Redneraustausches in zwei Versammlungen, in Chemnitz und Hannover, pressen und nicht nur auf die zwei Parteien beschränken. An dieser offenen Konfrontation sollen - das hat die SED von Anfang betort und so wurde sie auch in der deutschen Öffentlichkeit verstanden - a l l e im Bundestag und in der Volkammer vertretenen Parteien teilnehmen. Die kommunistische SED hat dies zur Kenntnis genommen und selbst den Vorschlag gemacht, daß zunächst mit zwei Versammlungen begonnen werden soll. Die von der SPD vorgeschlagenen Termine, die Konfrontation schon im Mai durchzuführen, paßten nicht in den Fahrplan der SED; die nannte Mitte Juli als Termin. Offensichtlich scheint die SED nun Angst vor dem eigenen Mut zu haben und zum Rückzug entschlossen zu sein. Sie erhob im Anschluß an den Dortmund-SPD-Parteitag immer wieder neue Forderungen, diffamierte die von der SPD genannten Redner und zieht nun sogar als Vorwand für ihre härter gewordene Haltung auch den Berliner Senat mit ein.

Ulbrichts letzter Brief an Willy Brandt bringt einen neuen Faktor in die öffentliche Diskussion. Ulbricht möchte nun "politische" Besprechungen zwischen den beiden Parteien, die prüfen sollen, "wie eine Annäherung möglich ist".

Das ist kein praktikabler Vorschlag. Darauf läßt sich die SPD nicht ein. Es geht doch nicht darum, die bekannten und unvereinbaren Auffassungen zwischen beiden Parteien zu verwässern; es geht vor allem darum, unter den gegebenen Umständen des gespaltenen Deutschlands "ein qualifiziertes, geregeltes, zeitlich begrenztes Nebeneinander beider deutscher Gebiete" ins Auge zu fassen (so Willy Brandt in Dortmund); das heißt:

- * Nachbarschaftsverkehr an der Zonengrenze in Anlehnung an die Berliner Passierscheinabkommen;
- * in Berlin selbst weitere Schritte in Richtung auf freien Personenverkehr;
- * Möglichkeiten des Vertriebs bzw. der Postzustellung von Zeitungen und Zeitschriften in beiden Teilen Deutschlands;
- * Abbau unnötiger Fesseln für den Austausch auf den Gebieten von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur.

Das sind die Fragen von bewegender Bedeutung für unser g a n z e s Volk. Sie beschäftigen die Geister in b e i d e n Teilen Deutschlands, sie greifen nicht nach den Sternen, sie verlangen nichts Unmögliches - sie treffen genau den Kern des heute Möglichen und Notwendigen. Unabhängig von der in dieser Woche fälligen Entscheidung der SED: Die SPD läßt sich durch nichts davon abbringen, diese Kernfragen deutscher Politik immer wieder zu stellen, weiß sie doch, daß sie damit stellvertretend für unser ganzes Volk handelt. Die kommunistische SED mag nun unter nichtigen Vorwänden vielleicht zu einem zeitlich bedingten Rückzug blasen - doch dieser Konfrontation wird sie auf die Dauer nicht entgehen.

Trauriger Rekord bei der Rüstungsbeschaffung

Sorglosigkeit fördert Korruption

sp - Sollte sich bei der im Gang befindlichen Untersuchung über Korruptionerscheinungen im Beschaffungswesen herausstellen, daß bestechliche Beschaffer in Bonn und Koblenz etwa für den Starfighter bereits dann Geräte ankauften, als sie noch nicht truppenverwendungsfähig waren, dann wird der Skandal riesengroß sein. Es wird sich auch die Frage erheben, ob der Starfighter auch etwa deshalb nur "bedingt einsatzbereit" ist, weil das Trägheitsnavigationsgerät zu früh und unausgereift gekauft wurde. Das Bundesverteidigungsministerium und vor allem Kai-Uwe von Hassel werden gut daran tun, in aller Öffentlichkeit jedes Detail offenzulegen. Es liegt im Interesse der deutschen Sicherheit und der Luftwaffe, wenn dabei auch mögliche Fehler seines Vorgängers Franz-Josef Strauß schonungslos enthüllt werden.

Wir haben zuviel Pannen hinter uns. Jedenfalls in Korruptionsaffären bei der Rüstungsbeschaffung hält die Bundesrepublik die Spitze in der Welt. Wir kennen die Panzerkettenaffären um den Onkel Alcy. Schätzungsweise 30 Personen sind im Laufe der letzten Jahre ums Leben gekommen, weil allenthalben in deutschen Ländern untaugliche Panzerkettenpolster auf den Straßen durch die Gegend flogen und schwere Verkehrsunfälle und Todesopfer verursachten. Die Panzertruppenschule in Münster hat die Untauglichkeit der Ketten längst bestätigt, die damals angeschafft wurden.

Die deutsche U-Boot-Waffe ist deshalb noch immer nur "bedingt einsatzbereit", weil seinerzeit nicht mit den Mitteln des wissenschaftlichen Materialtests Dauerversuche an dem Stahl vorgeschaltet wurden, der sich an Schiff als rissig zeigte und eine U-Bootsbesatzung in höchste Lebensgefahr brachte. Hier liegt zwar kein Korruptionsfall zugrunde, aber es erhebt sich die Frage, nach welchen Methoden das Bundesverteidigungsministerium Sicherheits- und Serientests vor der Ablieferung neuer Waffen an die Truppe durchwischen läßt.

Das ganze läuft jetzt auf zwei Komplexe hinaus, die endlich geklärt werden müssen. Einmal genügt es nicht, daß eine "Antikorruptionsgruppe" im Bundesverteidigungsministerium Jahre später nachprüft, was einmal an Bestechlichkeit gewesen ist. Bei jedem Waffenauftrag, bei jeder Neuentwicklung muß sofort die Rechnungsprüfung dabei sein. So sehen die Lieferverträge zwischen der schwedischen Regierung und den SAAB-Werken in Linköping vor, 700 Düsenkampfflugzeuge für über fünf Milliarden DM werden nur dann vergeben, wenn die schwedische Regierung durch beamtete Prüfer während des ganzen Produktionsablaufes die detaillierte Kostenaufsicht vornimmt, um jede Korruption und Spekulation von vorne herein auszuschalten.

CDU-Politik gegen die Familie

Von Herkert Bermeitinger

Bundeskanzler, Bundesregierung und Koalition sind unglaublich geworden. Das ist klar, seit sie nach der Bundestagswahl eine Fülle jener gesetzlichen Zusagen wieder zurückgenommen haben, mit denen sie bis zum 19. September 1965 - und nicht ohne Erfolg - um die Gunst des bundesdeutschen Wählers buhlten. Erst vor wenigen Wochen hat der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Fritz E r l e r, der Bundesregierung und der Koalition in einer kritischen Zwischenbilanz der ersten neun Monate seit der Wahl nachgewiesen, wie mager die Bilanz des neuen Kabinetts Erhard ist.

Auf einem wesentlichen Teilgebiet der Sozialpolitik, in der Familienpolitik, hat nun (und nicht zum ersten Male) der frühere CDU-Familienminister W ü r m e l i n g gleich in zwei Zeitschriften zu einem Generalangriff gegen Kanzler Erhard und die CDU angesetzt. Dr. Würmeling hat seinen Parteivorsitzenden und Kanzler beschuldigt, eine betont f a m i l i e n f e i n d l i c h e Politik zu betreiben, die in krassen Widerspruch zur christlich-sozialen Politik stehe. Erhard habe nicht nur die Dringlichkeit entscheidender gesellschaftspolitischer Anliegen verneint, "sondern darüber hinaus einen Abbau unseres in jahrelangem mühevollen Ringen erreichten familienpolitischen Status e r z w a n g e n". Der gleiche Bundeskanzler habe wiederholt, zuletzt in seiner Regierungserklärung vom 10. November 1965 die "Fortentwicklung des Familienlastenausgleichs" als Richtlinie seiner Politik verkündet.

Dr. Würmeling hat in den Zeitschriften "Kölpingblatt" und in "Die Familie" in mehreren Punkten die seither für die Familien eingetretenen Verschlechterungen nachgewiesen.

- * 1. Kürzung der Ausbildungszulagen für zwei Jahre um 25 Prozent;
- * 2. Gleichzeitige Erhöhung der Schülertarife der Bundesbahn;
- * 3. Verzögerung beim neuen Mutterschaftsgeld;
- * 4. Reduzierung der Mittel für den Sozialen Wohnungsbau, vor allem zu Lasten der Familien mit Kindern;
- * 5. Einstellung der Sonderaktion "Große Familie" (ab fünf Kindern), der oft entscheidenden Restfinanzierung beim Bau von Eigenheimen großer Familien;
- * 6. Wegfall der Aktion "Junge Ehepaare" (niedrig verzinsliche Sonderdarlehen);
- * 7. Nichtanpassung der seit 1. Januar 1964 geltenden Kindergeldsätze und Kriegsofferrenten;
- * 8. Nichtanpassung der Einkommensgrenzen beim Wohnungsbau- und Familiengesetz, beim Wohngeldgesetz und bei den Mietsätzen mit der Folge, daß immer weniger Familien die zu ihrem Schutz geschaffenen Vorschriften nutzen können;

Herr Würmeling kommt zu dem Schluß, daß die Praxis der Bundesregierung,

- * "einfach auf dem sozialen und gesellschaftspolitischen Sektor
- * das abzubauen, was die liberalen Kreise uns früher nur widerwillig zugestanden haben, hat mit christlich-sozialer Politik
- * nichts mehr zu tun."

Der einstige Familienminister erinnerte dann noch Herrn Erhard daran, feierliche Erklärungen des Bundeskanzlers und CDU-Vorsitzenden müßten "wenigstens so lange glaubhaft sein, wie das 'G' im Namen der CDU nicht gestrichen ist".

"Mach doch mal den Stutz sauber"

Von Gad Redlich, Tel Aviv

So mancher der deutschen Jugendlichen, die in diesem Jahr wieder zur Erntearbeit in israelische Kibbutzim kommen werden, würde seinen Ohren nicht trauen, könnte er aus dem schnellen Wortwechsel gleichaltriger Israelis ein paar Brocken aufschnappen. Da unterhält man sich nämlich darüber, wie wohl am besten die "Stutzim" sauber zu machen sind, um die Wasserrohre zur Bewässerung anschließen zu können. An besagten Rohren selbst pflegt dann meistens ein "Spritz" aufgesetzt. Und einen "Spritz" bekommt man übrigens auch ins Gesicht, wenn man den Wasserhahn zu weit aufgedreht hat.

Gewiß, daß man im hebräischen Lehnwörter einbauen muß, war schon vor 30 Jahren klar. Verwunderlich hingegen erscheint, daß sich gerade so viele deutsche Wörter trotz englischer Mandatsmacht und starker Einwanderung aus orientalischen Ländern durchgesetzt haben. Sind auch viele nicht in die "offizielle" Schriftsprache aufgenommen, so nannte immerhin ein bekannter Schriftsteller wie Ephraim Kishon ein im Augenblick sehr populäres Lustspiel "Tozih et haSTECKER..." - Zieh den STECKER heraus, das Wasser kocht.

"Atah roz'eh LECK?", zu deutsch "Du möchtest ein 'LECK'?", fragte mich eine nette junge Dame, als wir zusammen durch Tel Aviv bummelten. Sie hatte sich gerade ein Eis gekauft, und wollte mich auch mit etwas Kaltem erfrischen. Übrigens, fünf Minuten zuvor waren wir beim "Instalator" gewesen (die Berufsbezeichnung hängt in dicken hebräischen Buchstaben über seinem Geschäft), weil ihr Papa zu einer Do-it-yourself-Reparatur dringend eine "Packung" (Dichtung) benötigte. Bei anderen beliebten Konsumgütern, wie z.B. "Bira" kann man drüber streiten, ob das Wort dafür vom deutschen "Bier" oder dem englischen "Beer" geliehen wurde. (Gerade dieses Wort jedoch hat im hebräischen zu einer netten Doppeldeutigkeit geführt. "Bira" im alten Hebräischen Sinn des Wortes heißt nämlich "Hauptstadt".) Wenn jedoch von Pumpernickel" oder "Schinken" die Rede ist, dann sind auch bei dem im Land geborenen alle Zweifel und Doppeldeutigkeiten beseitigt.

Technik und Armeekorps verbergen selbstverständlich ebenfalls aus. Da es nämlich auch dem trainiertesten Auge eines Schriftgelehrten verborgen blieb, ob sich vielleicht die Propheten mit anderen Hilfsmitteln als per Pedes oder höchstens einem ES vorwärtsbewegten, so fährt man heute in Israel halt mit dem so bezeichneten Otobus. (Der laut "au" ist unbekannt). Es kommt jedoch zuweilen vor, daß jemand des Fremden zuviel tut. In hebräischen Buchstaben nämlich "Autobus-Kooperative" schreiben zu müssen, führt unweigerlich zum Verbrauch einer gesamten Zeile und zu Ermüdungserscheinungen beim Schreiber, sowie leichter Übelkeit beim Leser. Lustiger ist es da schon bei der Armeekorps, wo Spione, die sowohl für die eine, als auch die andere Seite arbeiten, schlicht und einfach als "Stinker" bezeichnet werden.

Es könnten wohl noch Dutzende von Beispielen angeführt werden. Man könnte sich manchmal köstlich darüber amüsieren, oder vielleicht sogar ein bißchen stolz auf die linguistische Hilfeleistung sein, garbo es da nicht eine gewisse Gattung anderer Wörter, die ebenfalls in hebräischen Buchstaben geschrieben werden, obwohl kein Israeli sie in den allgemeinen Sprachgebrauch einführte. Es sind Wörter, die hier im Land wohl niemals eine Umdeutung erfahren werden. Eins sei zum Abschluß stellvertretend genannt: Endlösung.

Spaniens Monarchisten unter Beschuß der Falange

Öffentliche Diskussion über

"demokratischen und sozialen Rechtsstaat"

Von unserem HD-Korrespondenten in Madrid

Der Zwist zwischen der spanischen Einheitspartei Falange (FEE y JONS) und den Monarchisten scheint innerhalb der Falange zu einem Linksruck zu führen. Die Falange-Zeitung "S.P." hat sogar mit dem Druck der Straße gedroht, um die Monarchisten zu zügeln. Ein gewisser Unterton antiamerikanischer Tendenz ist unüberhörbar, vor allem im "S.P."-Magazin.

Der Wortführer des linken Flügel der Falange und Chefredakteur der Madrider Gewerkschaftszeitung "Pueblo", Emilio Romero, ermahnte die Falange, auf die liberale und sozialistische Einstellung der jungen Generation einzugehen, um auch künftig einen gewissen politischen Einfluß zu bewahren. Romero wandte sich gegen den Feudalismus in jeder Form und wertete die Bestrebungen zur Wiederherstellung der Monarchie mit der Feststellung ab, die Königsfrage bleibe lediglich den Bierischgesprächen vorbehalten.

Romero, der vom rechten Flügel der Falange und den Monarchisten oft wegen seiner unorthodoxen Ansichten heftig unter Beschuß genommen wird, erklärte rundweg, solange Staatschef Franco am Leben bleibe, werde sich in Spanien nicht ändern.

"Unsere Zukunft beginnt erst übermorgen," erklärte Romero weiter. Sein Gesinnungsfreund Antonio Castro schlug, wie "Hoja del Lunes" (Madrid) berichtet, in die gleiche Kerbe: "Nach Franco wird jeder Einzelne die Möglichkeit haben, über seine künftige politische Richtung selbst zu entscheiden."

Die Falange müsse künftig eher einen Links- als einen Rechtskurs einschlagen, und das neue Spanien könne man sich nur als demokratischen und sozialen Staat vorstellen, mit unverkennbarem Zug zum privaten und öffentlichen Gemeineigentum. Castro ließ auch die kommunistische Theorie vom "Absterben des Staates" anklingen, als er davon sprach, daß in Spanien der Zukunft "mächtige soziale Körperschaften entstehen" müßten, die vom Staate unabhängig seien. Er rechnet auch mit einem Mehrheitsparteiensystem, das die Falange zwingt, um die Gunst des Volkes zu werben.

Diese Äußerungen mögen zwar bei der Schicht der Lohnempfänger ankommen, doch das Bürgerntum (es nimmt an Zahl und Bedeutung im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung ständig zu) ist gegen alles, was nach "sozialistischen Experimenten" aussieht. Man hat die Bundesrepublik im Ausland oft eine "gepanzerte Konsumgesellschaft" genannt; im heutigen Spanien zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab.